

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 168. Ratssitzung vom 27. März 2013

3772. 2012/77

Motion von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 07.03.2012: Plafonierung der Personalkosten für eine Zeitdauer von 3 Jahren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

***Dr. Daniel Regli (SVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2405/2012): 2004 wurde vom Stadtrat eine Stellenplafonierung bei 17 900 Stellen und einem Jahresetat von 1,9 Milliarden Franken eingeführt. Für das Jahr 2013 wurden 20 700 Vollzeitstellen bei einem Jahresetat von 2,7 Milliarden Franken erlaubt. Wir versuchen, die ökonomischen Prinzipien, die in der Privatwirtschaft funktionieren und die Steueraufkommen für die Mehrheiten generieren, aufrechtzuerhalten. Das Projekt 17/0 hat keinen Sinn, wenn in der Stadt niemand Personal abbauen will. Abgänge sollten künftig nicht ersetzt werden, denn es müssen nicht immer alle Stellen zu besetzen sein. Teilzeitmodelle sollten gefördert und Lohnkürzungen einberechnet werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Martin Vollenwyder:** Eine Plafonierung heisst, dass wir uns in keine Richtung mehr bewegen können. Wir benötigen bis 2016 800 zusätzliche Betreuungspersonen, denn es besteht ein Recht auf Bildung. Ein Augenmerk ist sicher auf die Leistungsüberprüfung zu richten, doch daran sind wir schon. Wir müssen gemeinsam schauen, dass bestimmte Projekte nicht extrem ausgebaut werden, und dann vielleicht mit weniger Personal auskommen können.*

Weitere Wortmeldungen:

***Florian Utz (SP):** Die Stadt wächst und das bedeutet mehr Ausgaben in der Bildung, Betreuung und auch mehr Polizei. Es überrascht mich, dass die SVP die neuen Polizeistellen mit einer Plafonierung abschiessen möchte. Man würde nicht nur erreichen, dass jedes Jahr faktisch 1 % des städtischen Personals abgebaut wird in Bezug auf die Bevölkerung, zusätzlich würde auch allen Angestellten der Teuerungsausgleich gestrichen. Gute Leistung soll auch beim städtischen Personal via Lohn honoriert werden. Wir haben mehrere Volksentscheide, die zu mehr Personal führen. Wenn das Volk etwas entscheidet, soll das auch so umgesetzt werden.*

Roland Scheck (SVP): Der Regierung der grössten Schweizer Stadt fehlt der Willen, unternehmerisch zu handeln. Die Stadt hat selbst eine Stellenplafonierung beschlossen und lässt in den nächsten sechs Jahren 1700 neue Stellen zu. Das lässt sich nicht mit dem Bevölkerungswachstum erklären. Die Stadtverwaltung wächst viel schneller als die Bevölkerung und das wird uns mittelfristig in den finanziellen Abgrund treiben.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Antwort des Stadtrats ist seriös und zeigt auf, wo das Problem liegt. Wir haben Volksaufträge, müssen Kinderbetreuung anbieten. Die Stadt sowie die Infrastruktur wachsen und dadurch natürlich auch die Stellenzahl. Da fehlt kein Willen. Die Motion ist nicht umsetzbar und macht keinen Sinn, denn es gibt keine Lösungsvorschläge. Es wird nur gesagt, dass man die Löhne halbieren soll und die Volksaufträge nicht umsetzen kann.

Dr. Urs Egger (FDP): Es ist uns auch klar, dass in einer wachsenden Stadt neue Aufgaben dazukommen. Für uns liegen diese Aufgaben in der Grundversorgung, also Schule und Gesundheit. Es gibt aber auch Dienstleistungen, die die Stadt nicht unbedingt erfüllen müsste. Das Bevölkerungswachstum ist eine zentrale Grösse, deshalb schlagen wir eine Textänderung vor, die die Personalkosten während dreier Jahre maximal im Ausmass des letztjährigen Bevölkerungswachstums anwachsen lässt.

Matthias Wiesmann (GLP): Die städtischen Angestellten leisten etwas und müssen entsprechend entlohnt werden. Natürlich kann auf einen Teuerungsausgleich in schlechten Zeiten oder auf Lohnmassnahmen in einem konkreten Fall teilweise einmal verzichtet werden. Mit dieser Motion wird aber eine restriktive Regelung gefordert. Um die städtischen Stellen auszumachen, die nicht mehr notwendig sind oder für die die Stadt die Leistung nicht mehr erbringen müsste, wurde die Leistungsüberprüfung 17/0 vorgeschlagen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Bei der Lohnhalbierung könnte man bei den Bankmanagern anfangen. Sie könnten zum Dienst an der Öffentlichkeit auf die Hälfte ihres Lohnes verzichten. Wenn wir nicht überzeugt davon wären, dass es möglich, ist mit 2,7 Milliarden Franken durch die nächsten drei Jahre zu kommen, würden wir es nicht vorschlagen. Wir werden vehement dafür debattieren, dass via Umschichtung in den Personalbudgets die Polizeistellen genau gleich erlaubt werden können. Wir nehmen die Textänderung nicht an.

STR Martin Vollenwyder: Ob man jemandem den Lohn halbiert, der 3500 Franken monatlich verdient oder jemandem, der nachher noch 20 000 Franken monatlich ausbezahlt bekommt, ist ein grosser Unterschied. Wir geben nicht fremdes Geld aus, sondern zum Teil auch unser eigenes, da wir ja auch Steuern zahlen.

Die Motion wird mit 24 gegen 96 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat